

DIE LINKE Hessen
11. Landesparteitag am 24. Und 25. November 2018

Beschlossene Anträge und Resolutionen

**Mehr für die Mehrheit – Soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität,
DIE LINKE stark machen**

DIE LINKE zieht gestärkt in den Hessischen Landtag ein

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

DIE LINKE. Hessen hat einen erfolgreichen Wahlkampf geführt und konnte ihr Wahlziel erreichen, gestärkt in den Hessischen Landtag einzuziehen. Zukünftig werden wir mit neun Abgeordneten die soziale Opposition gegen die sich anbahnende Neuaufgabe von Schwarzgrün in Wiesbaden sein und unsere Stimme noch lauter für bezahlbaren Wohnraum, für Armutsbekämpfung, für einen Ausbau des ÖPNV, für ein sozial gerechteres Bildungswesen und für eine höhere Besteuerung der Superreichen und Konzerne erheben können – im Parlament und auf der Straße. Die neue Rechtsaußenfraktion wird in uns ihre entschiedenste Gegnerin finden.

Angesichts der seit Jahren hinweg höheren Umfragewerte für DIE LINKE gab es Hoffnung auf ein noch besseres Ergebnis. Aber unter dem Strich ist das Ergebnis ein großer Erfolg für die hessische LINKE, den wir uns selbst erarbeitet haben. Im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl konnten wir trotz niedrigerer Wahlbeteiligung 20.000 Stimmen dazu gewinnen. Das bestätigt die wachsende Akzeptanz und Verankerung. Wir haben gezeigt, dass sich DIE LINKE auch in großen Flächenländern im Westen dauerhaft parlamentarisch verankern kann. Jedoch müssen wir leider feststellen, dass wir in 29 Wahlkreisen zum Teil deutliche Stimmverluste hinnehmen mussten. Die Stimmenzuwächse fanden hauptsächlich in den großen Städten statt. Auch kann es uns nicht zufriedenstellen, dass wir einige Tausend Stimmen an die AfD verloren haben.

Ohne die vielen aktiven Mitglieder, die im Wahlkampf unermüdlich an Haustüren und Infoständen für DIE LINKE geworben haben, ohne unsere Verankerung in den Kommunen, in denen sich tagtäglich unsere Kommunalpolitiker*innen für unsere Ziele engagieren und ohne unser Engagement in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Auch unser Jugendverband „linksjugend [‘solid]“ hat einen hervorragenden Jugendwahlkampf organisiert. Ebenfalls danken wir allen, die sich in den sozialen Netzwerken im Wahlkampf engagiert haben und damit auch einen wichtigen Beitrag geleistet haben im Wahlkampf.

Die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin hat bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Quittung für ihre Politik bekommen, die die soziale Kälte im Land verschärft, sich den Interessen der Banken und Konzerne unterwirft, eine beispiellose Aufrüstung betreibt und die Augen vor dem menschengemachten Klimawandel verschließt. Auch aufgrund der Politik der deutschen Bundesregierung haben sich die Krisen und Konflikte in der Welt verschärft. Kriege in Syrien, im Jemen, in Afghanistan, politische und militärische Spannungen zwischen NATO und Russland, Handelskrieg USA - China, Brexit, politische Spaltung und Lähmung der EU und ein drohender krisenhafter Wirtschaftseinbruch prägen das Weltgeschehen.

Die Auseinandersetzungen in der CDU-SPD-Koalition auf Bundesebene, die innere Zerrissenheit der CDU über den weiteren Kurs und die irrationalen Versuche der CSU und ihres Vorsitzenden Horst Seehofer, der AfD durch Übernahme von deren Positionen klein zu halten, haben die Krise in der Regierung zugespitzt und die Rechtsaußenpartei nur noch stärker gemacht. Die SPD erweist sich als hartnäckig

unfähig, den dramatischen Vertrauensverlust infolge der Hartz-Gesetze auch nur anzuerkennen und einen echten inhaltlichen und personellen Neuanfang auch nur zu denken. Davon scheinen vor allem die Grünen zu profitieren, die nicht mehr als ein grün angestrichenes Weiter so propagieren und von vielen Menschen als Gegenpol gegen die Rechtsentwicklung wahrgenommen werden, obwohl sie an der Verschärfung des Asylrechts beteiligt waren.

Trotz der massiven Verluste der SPD ist es der LINKEN bisher kaum gelungen, enttäuschte SPD-Wähler/innen für sich zu gewinnen. Durch die Schwäche der SPD und den Schwenk der Grünen in das bürgerliche Lager scheinen vorerst keine Mehrheiten für einen Politikwechsel in Sicht. Es ist und bleibt Aufgabe der LINKEN für neue gesellschaftliche Mehrheiten zu kämpfen, für einen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Aufbruch zur Wiederherstellung des Sozialstaats und sozialer Sicherheit, für Frieden und Abrüstung und einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft. Es gilt das Ringen um soziale Sicherheit mit dem Kampf gegen rechte Hetze zu verbinden. Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen konkret verbessern und grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen erreichen.

In Hessen bleiben die von der LINKEN im Wahlkampf angesprochenen Themen weiter auf der politischen Tagesordnung.

Sichere und gute Arbeitsverhältnisse schaffen – Armut bekämpfen!

DIE LINKE kämpft gegen Niedriglöhne, Leiharbeit und dagegen, dass Erwerbslose an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die Agenda 2010 und Hartz IV müssen überwunden werden, um soziale Sicherheit und ein planbares Leben für alle zu schaffen. Wir wollen prekäre Beschäftigung unbedingt zurückdrängen und Tarifbindung stärken. Insbesondere die junge Generation landet viel zu oft in befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit, Werksverträgen oder muss als Crowdworker arbeiten. Auf den tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung, Industrie und Arbeit 4.0 müssen wir uns als Partei vorbereiten und das stärker als bisher berücksichtigen. Wir kämpfen dafür, dass diese Prozesse den Beschäftigten nutzen, durch wesentlich verkürzte Arbeitszeiten, Humanisierung der Produktionsverhältnisse und kräftig steigende Löhne. Auch die Diskussion um ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen (eBGE) muss geführt werden. Mit der immer weiter und schneller fortschreitenden Spaltung in Arm und Reich werden wir uns nicht abfinden. Auch die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese soziale Spaltung ab. Es muss Schluss damit sein, dass im fünft-reichsten Land der Erde Kinder von im Niedriglohnsektor Beschäftigten an Klassenfahrten nicht teilnehmen können. Oder Renter*innen Flaschen sammeln und inzwischen auch immer mehr Kinder. Viele Selbstständige können sich keine Krankenversicherung leisten. Trotz Versicherungspflicht für alle, gibt es etwa 500.000 Menschen in Deutschland, die keinen Krankenversicherungsschutz haben

Industrie 4.0 und Digitalisierung bestimmen die Gegenwart

Digitalisierung und Industrie 4.0 bedeuten schon heute grundlegende Veränderungen.

Immer mehr Waren können in immer weniger Zeit von immer weniger Menschen produziert werden.

Damit einher geht die Angst von Beschäftigten, ihren Job zu verlieren, durch einen Algorithmus oder eine Maschine ersetzt zu werden.

Die LINKE will auch im Zeitalter der Digitalisierung Lösungen finden, bei denen Soziales, Ökologie und Freiheit zusammengedacht werden.

Die Veränderung der Arbeitswelt macht erneut deutlich, wie dringend die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung ist. Aber auch Modelle eines emanzipativen Grundeinkommens müssen in die Überlegungen einfließen.

Wir wollen, dass der flächendeckende Breitbandausbau und die Verpflichtung der Netzbetreiber zur Netzneutralität gesichert werden, Computer und breitbandiger Internetanschluss müssen künftig zum soziokulturellen Existenzminimum gehören. Medienbildung soll im digitalen Zeitalter als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.

Rechenzentren haben einen riesigen Energieverbrauch. Hier ist einerseits die Umstellung auf Zufuhr aus erneuerbaren Energien bedeutsam, aber auch technische Innovationen zur Energieeinsparungen sind gefordert. Es bedarf strikter Recyclingvorschriften zur Wiederverwendung der Bauteile und kostbaren Rohstoffe.

Auf internationalem Feld muss die rabiante Ausbeutung von Mensch und Natur zur Gewinnung der Rohstoffe für die Computer, Smartphones und Tablets durch faire Handelsbeziehungen geregelt werden.

Für bezahlbaren Wohnraum: Die Eigentumsfrage stellen

In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren Städten fehlt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum. Die Mieten explodieren. Sogar Normalverdienende können sich das Wohnen in Städten kaum noch leisten. Ärmere Menschen werden an den Stadtrand **verdrängt**. Es rächt sich, dass Regierungen aller Couleur die Wohnungsversorgung dem Markt überlassen haben.

DIE LINKE kämpft für eine Wohnungsversorgung als öffentliche Aufgabe. Wir wollen öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften stärken. Wir setzen uns für den Bau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen jährlich ein, um der massiven Wohnungsnot zu begegnen. Wir wollen ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept entwickeln, das Barrierefreiheit berücksichtigt, alternative sowie genossenschaftliche Modelle einbezieht und Beschlagnehmung von spekulativem Leerstand ermöglicht. Eigentum verpflichtet und soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen, wie es im Grundgesetz heißt. Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen. Gegenwärtige Mietpreissteigerungen, Verdrängungen und Vertreibungen stehen demnach mit privatwirtschaftlichen Kontroll-, Verfügungs- und Gestaltungsrechten auf dem Immobilienmarkt in Zusammenhang. Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen wir Eigentumsverhältnissen in Frage stellen. Die Linke strebt an, Wohnraum den kapitalistischen Markt- und Verwertungsprozessen zu entziehen und neue Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen einzuführen. Wir unterstützen Bewegungen an dieser Frage oder stoßen selbst solche an. Die Kampagne Deutschen Wohnen & Co. enteignen in Berlin und der Mietentscheid in Frankfurt, aber auch kleinere lokale Kampagnen wie in Kassel, sind uns ein Vorbild und werden von uns begrüßt. Das Klima vor dem Kapitalismus schützen

Das Klima vor dem Kapitalismus schützen

Im Hambacher Forst verteidigen Aktivist*innen das Klima und die Menschheit gegen die Profitinteressen von großen Konzernen. Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat es wie kaum eine andere auf den Punkt gebracht. Ein entscheidender Konflikt unserer Epoche lautet: „Kapitalismus versus Klima“. Der Klimawandel erzeugt nie dagewesene Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem die Armen. Am Beispiel des Unternehmens K + S und des Dieselskandals zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten von Umweltstandards und am Ende zulasten der Lebensgrundlagen aller Menschen geht. DIE LINKE setzt sich daher für einen sozialökologischen Umbau ein. Auch aus diesem Grund stellen wir uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir wehren uns gegen Fracking, die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und den Vorrang für den motorisierten Individualverkehr. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum, eine Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Bahn- und Fluglärms. Es ist die Aufgabe der LINKEN deutlich zu machen, wer die Menschheit vor dem Klimawandel retten will, darf nicht den Kapitalismus grün anstreichen, sondern muss unsere Gesellschaft sozialökologisch umbauen. Wir müssen deutlich machen, dass eine solidarische Gesellschaft nur gelingen kann, wenn die Verbindung zwischen Ökologie und Sozialem in die Tat umgesetzt wird. Wie das in Hessen gelingen kann, wollen wir aufzeigen.

Der Kampf gegen Rechts ist auch ein Kampf um soziale Sicherheit

Das bundesweite Erstarken rechtsradikaler, faschistischer, rassistischer, antisemitischer, islamfeindlicher, frauenfeindlicher und nationalkonservativer Ideologien macht auch vor Hessen nicht halt. Für DIE LINKE gehört der Kampf gegen Rechts und für soziale Sicherheit für alle hier lebenden Menschen untrennbar zusammen. Denn Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sind die eigentlichen Ursachen für die politische Rechtsentwicklung. DIE LINKE in Hessen wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, die Bewegungen gegen rechts und den Kampf für soziale Gerechtigkeit zusammenzuführen, um dem weiteren Aufstieg von Rechtsaußen etwas entgegenzusetzen. In immer mehr Teilen der Gesellschaft haben Hass und Ablehnung gegen Migrantinnen und Migranten, Homo- und Transsexuelle und Linke zugenommen. Aber keine Menschengruppe darf zum Sündenbock für verfehlte Politik gemacht werden.

Diese Entwicklung wird in uns auch zukünftig ihre entschiedensten Gegner*innen finden, die die Ursachen dieser Entwicklung klar benennen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Die Wege zu Schulen, Ärzt*innen und zum Schwimmbad und zur nächsten Einkaufsmöglichkeit werden immer weiter. Oft fährt kaum noch ein Bus. Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, Jugendzentren und Büchereien wurden geschlossen. Diese Entwicklung wurden wesentlich von der Hessischen Schuldenbremse verursacht. Ursache dieser Entwicklungen sind die Unterfinanzierung der Kommunen und die hessische Schuldenbremse. Die mit der Einführung der Hessenkasse verbundenen Verschärfungen des kommunalen Haushaltsrechts werden die Gemeinden noch stärker als bisher unter Druck setzen.

Weil die Lebensbedingungen auf dem Land immer schlechter werden, ziehen immer mehr Menschen in die Städte und stadtnahe Regionen. Weil die Lebensbedingungen auf dem Land immer schlechter werden, ziehen immer mehr Menschen in Städte und stadtnahe Regionen, die ohnehin schon einen großen Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben. Dies verschärft die Situation zusätzlich. Dem wollen wir entschieden entgegenwirken. Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV in den ländlichen Regionen, den Erhalt von Schulen, Ämtern und Behörden, die Förderung mittelständischer Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie den Erhalt und Ausbau von Einkaufsmöglichkeiten (vor allem Lebensmittelgeschäfte), den Erhalt von Freizeit und Kulturangeboten und den Ausbau mit Breitbandversorgung ein. Wir wollen, dass die kommunale Selbstverwaltung rechtlich und finanziell gestärkt wird, damit die Kommunen mehr Handlungsspielraum erhalten. Die Schuldenbremse hat sich als Fehler erwiesen und muss wieder aus der Hessischen Verfassung entfernt werden. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind unser Ziel. DIE LINKE wird an Konzepten arbeiten, wie die Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum verbessert werden können.

Mehr Agrarökologie zum Schutz für Mensch, Tier und Umwelt

Der Art der Landbewirtschaftung kommt bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes eine besondere Rolle zu.

Der hohe Industrialisierungsgrad vieler landwirtschaftlicher Betriebe führt unter anderem durch Pflanzenschutzmittelrückstände und Überdüngung, durch Verarmung in Natur und Kultur, durch schlechte Arbeitsbedingungen und Bildung von multiresistenten Keimen zu schwerwiegenden Problemen.

DIE LINKE. Hessen setzt sich ein für eine gentechnikfreie, bäuerliche Landwirtschaft, naturverbundenen Gartenbau und eine handwerkliche Weiterverarbeitung – so fördern wir eine regionale Wertschöpfung und einen lebendigen ländlichen Raum. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alte Saadgutsorten einen gleichberechtigten Zugang zum Markt bekommen.

Um dem Leid in der Massentierhaltung ein Ende zu bereiten, setzen wir uns ein für ein Verbandsklagerecht von Organisationen, die sich um die Rechte und den Schutz der Nutztiere kümmern.

Pflegenotstand stoppen: Gesundheit darf keine Ware sein

In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – nach den Berechnungen von ver.di fehlen über 11.000 Stellen in Hessen in der Pflege. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in immer kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, Mängel bei der Hygiene und auch mehr Unfälle und vermeidbare Todesfälle. Personalmangel im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten.

Personalmangel gefährdet aber auch die Gesundheit der Pflegefachkräfte und der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Krankenhaus. Gute Pflege soll ein verbindliches Recht aller werden. Der Personalmangel hängt mit geringer Bezahlung, wenig Wertschätzung und hoher Arbeitsbelastung zusammen. Viele Pflegefachkräfte verlassen den Beruf oder arbeiten Teilzeit, weil sie sonst selbst krank werden. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert. Wir brauchen mehr Pflegefachkräfte im Krankenhaus, in der Psychiatrie und in der Altenpflege sowie im ambulanten Bereich. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden und gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus und bessere Standards in der Pflege durchgesetzt werden. Pflege

muss entlastet werden - pflegefremde Tätigkeiten dürfen nicht weiter von Pflegefachkräften übernommen werden. Privatisierungen wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen . In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand, weil nur der Profit zählt. Je „billiger“ die Pflege – umso höher der Profit. Krankenhaus- und Medizinkonzerne haben mit die höchsten Renditen nach Steuern. Personalmangel im Krankenhaus gefährdet nicht nur die Gesundheit der Patientinnen und Patienten, sondern führt alleine durch im Krankenhaus erworbene Infektionen zu ca. 30.000 Toten jährlich, weil für korrekte Hygienemaßnahmen keine Zeit ist. Das gilt auch für notwendige Pflegeprophylaxen. Die Zahl der Patienten, die gravierende Komplikationen erleiden, steigt immer mehr an, trotz intensivsten Anstrengungen der Pflegekräfte

Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

Bildung ist ein Menschenrecht, aber sie ist noch immer von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an und wollen das mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen und mehr Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen mit sicheren und durchgängigen Jobs an den Schule: Der Sanierungsstau an den Schulgebäuden muss abgebaut werden und kleine Schulen müssen erhalten werden.

Frieden und Abrüstung: Panzerschmieden in Hessen dichtmachen

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.“, heißt es in Art. 69 der hessischen Verfassung. Doch Aufrüstung und Militarisierung machen auch vor Hessen nicht halt. Mehr als hundert Firmen in Hessen stellen Panzer, Zielfernrohre, Gasmasken und andere Rüstungsgüter her. In Hessen stationierte Soldaten sind an weltweiten Kriegseinsätzen beteiligt. DIE LINKE kämpft dafür, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet, die Aufrüstung und Waffenexporte gestoppt und die Militarisierung im Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen beendet wird. DIE LINKE findet sich nicht damit ab, dass Rüstungskonzerne blutige Profite mit Waffengeschäften machen und setzt sich dafür ein, die Rüstungsproduktion durch Konversion in zivile Güter überwunden wird.

Superreiche angemessen zur Kasse bitten: Umverteilung tut Not

Armut und Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. In Hessen leben 1600 Einkommensteuermillionäre. Die Familie Quandt/Klatten erzielt jährlich eine Milliarde an Dividenden aus Aktien. DIE LINKE will die Reichen und Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Wir kämpfen u.a. für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz und Unternehmensbesteuerung sowie eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient. Dazu soll das Land Hessen eine Bundesratsinitiative starten. Wer soziale Verbesserungen durchsetzen will, muss dafür sorgen, dass endlich von oben nach unten umverteilt wird.

Eine andere Welt ist möglich

Wir bleiben dabei: Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt steht. Oder um es mit Bertolt Brecht zu sagen: Ändern wir die Welt – sie braucht es! DIE LINKE formuliert ihre Kapitalismuskritik ganz konkret. Wenn Krankenhäuser, Wohnungen und Altenheime zu Renditeobjekten gemacht werden, ist das ein Ausdruck davon, was falsch läuft in unserer Gesellschaft. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns.

DIE LINKE. Hessen als lebendige Mitgliederpartei des Alltags weiter stark machen

Wir gehen den Weg der organisationspolitischen Stabilisierung weiter, den wir mit unserem Beschluss „DIE LINKE. Hessen stark machen“ 2015 begonnen haben. Dazu werden wir politische und organisationspolitische Schwerpunkte setzen. Die politischen Themen müssen dabei die unterschiedliche

Lebenswirklichkeit in den hessischen Regionen widerspiegeln. Die Organisationsentwicklung muss sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kreisverbände orientieren, differenzierter werden und den immer noch gravierenden Unterschied von ländlichen und urbanen Regionen berücksichtigen.

Mit über 3.200 Mitgliedern ist DIE LINKE. Hessen so stark wie noch nie. In der heißen Wahlkampfphase seit Anfang September sind mehr als doppelt so viele Menschen wie üblich in die hessische LINKE eingetreten. Der Landesverband wächst seit Jahren kontinuierlich. Dieser Zuwachs ist auch Ausdruck für die wachsende Akzeptanz unserer Politik. Insbesondere viele junge Menschen finden den Weg in DIE LINKE. Dem von uns formulierten Ziel „jünger, weiblicher und migrantischer“ zu werden, sind wir nähergekommen. Die Stärke unserer Partei sind ihre Mitglieder.

Wir freuen uns über den wachsenden Anteil an jungen Mitgliedern. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Partei. Ebenso wichtig ist die Erfahrung unserer langjährigen Mitglieder, die wesentlich zum Aufbau und der Konsolidierung unserer Partei beigetragen haben. Sie alle gilt es wertzuschätzen, in die Parteiarbeit einzubinden und neue Mitglieder aus allen Altersstufen zu gewinnen. Dabei gilt es der unterschiedlichen Lebenssituation von Mitgliedern Rechnung zu tragen. Die zeitlichen Ressourcen von jungen Eltern etwa sind häufig andere, als die von Studierenden und Menschen im Rentenalter.

Gleichzeitig gibt es wachsende gesellschaftliche Bewegungen für Solidarität (Streiks wie bei Amazon, RyanAir oder in Krankenhäusern, #unteilbar, Klima- und Umweltbewegung, Refugees welcome, Seebrücken, Mieter*innenbewegung), von dem allerdings anscheinend vor allem die Partei Die Grünen wahlpolitisch profitieren. In diesen und anderen Bewegungen engagieren sich viele LINKE, weil sie als Mitglieder der LINKEN diese bewegungslinke, Praxis stärken wollen.

- Während unsere Mitgliederzahl in den Groß- und Universitätsstädten wächst, sind die Voraussetzungen für politische Arbeit im ländlichen Raum mitunter deutlich schwieriger. Wir wollen einen Schwerpunkt der Parteientwicklung in die Unterstützung der Genoss/innen im ländlichen Raum und in den Flächenkreisen legen. Dazu wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand Regionalkonferenzen zu linker Politik im ländlichen Raum organisieren, um inhaltliche Konzepte und organisatorische Ideen zu entwickeln, wie wir uns politisch und organisatorisch besser in der Fläche verankern. Dabei soll auch den unterschiedlichen Problemen im ländlichen Raum Rechnung getragen werden, weil sich auch die Probleme von Region zur Region unterscheiden können und es sollen vor allem die Genoss*innen von vor Ort selbst zu Wort kommen. Sie sind die Expert*innen für die Probleme im ländlichen Raum.
- Um unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, müssen Themen und Aktionen zwischen Partei- und Landesvorstand und Kreis- und Ortsverbänden noch besser abgestimmt werden. Dazu kommt den Kreisvorständeberatungen weiterhin eine Schlüsselrolle zu.
- Notwendig ist auch eine enge Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der Landtags- und Bundestagsabgeordneten und ihrer Büros sowie der Kommunalpolitiker*innen muss ausgebaut und kontinuierlich entwickelt werden. Hierfür sollen konkrete Angebote erstellt werden, mit denen die Partei im Rahmen von Veranstaltungen (DIE LINKE. vor Ort) auftritt.
- Im Hinblick auf unseren Online-Auftritt und den Umgang mit sozialen Medien müssen wir besser werden. Unser Ziel muss sein, dass sie selbstverständlicher Teil unserer politischen Arbeit werden. Ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit soll erstellt werden.
- Die politische Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen. Dazu gehören Schulungen zum politischen Handwerkszeug ebenso wie Seminare zu inhaltlichen Grundlagen. Hierzu wollen wir uns wieder regelmäßiger mit der Kommission politische Bildung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung austauschen. Es ist zu begrüßen, dass die Stiftung in Hessen einen Kurs Theorie und Praxis linker Politik als Politikakademie für junge Aktive anbietet.
- DIE LINKE. Hessen ist eine Partei in Bewegung. Auf Augenhöhe arbeiten wir in und mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Bündnissen, etwa gegen Mietpreisexplosion und für ein Recht auf Stadt, für Humanität und Solidarität, gegen Rechts, gegen den Verkauf oder die Schließung von Krankenhäusern, für Bildungsgerechtigkeit sowie für Frieden und Abrüstung, um den außerparlamentarischen Druck auf die Regierungen in Wiesbaden und Berlin erhöhen.

- Die Zusammenarbeit mit unserem Jugendverband „linksjugend [‘solid] und dem Studierendenverband die linke.SDS wollen wir ausbauen. Dazu müssen ein regelmäßiger Austausch und gemeinsame Absprachen organisiert und getroffen werden.
- Öffentliche inhaltliche Auseinandersetzungen durch gemeinsame Veranstaltungen mit Nicht-Regierungsorganisationen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft müssen regelmäßiger durchgeführt werden, so dass wir uns mehr annähern
- Wir Stärken die Arbeit der linken Sozialsprechstunden in Hessen und befördern die Gründung neuer Initiativen "DIE LINKE. hilft!".

Linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik verbinden: Für ein gutes Leben in lebenswerten Städten und Gemeinden

Kommunalpolitik und linke Politik in den Kommunen sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, sie gehören für uns zusammen.

Auf Augenhöhe arbeiten wir mit unseren Bündnispartner*innen zusammen. Vor Ort knüpfen wir Kontakte und suchen Austausch und Zusammenarbeit mit Stadtteilinitiativen, der Bewegung „Recht auf Stadt“ lokalen Agenda-Gruppen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und vielen mehr. Wir tragen ihre Anliegen in die Parlamente.

Über 150 Mandatsträger*innen und viele weitere Genoss*innen setzen sich tagtäglich und unermüdlich in den Kommunen für die Belange der Menschen ein, zeigen konkrete linke Alternativen für soziale Gerechtigkeit auf und setzen sich gegen die großen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen im kleinen zur Wehr. Bis zur Kommunalwahl 2021 wollen wir unsere Verankerung weiter ausbauen.

Die Vorbereitungen der Kommunalwahlen 2021 werden in den kommenden zwei Jahren einen wichtigen Schwerpunkt der LINKEN in Hessen bilden. Dafür nehmen wir u.a. folgende Maßnahmen in Angriff:

- Wir organisieren in Zusammenarbeit mit Kommunelinks bis Ende 2019 einen landesweiten politischen Ratschlag mit unseren Kreisvorständen, Kommunalpolitiker*innen, den linken Vertretern in den Gremien des Hessischer Städtetages sowie der linken Fraktion im Landeswohlfahrtsverband um im darauffolgenden Jahr landesweite kommunalpolitische Eckpunkte zu erarbeiten.
- Wir rufen unsere Kreisorganisationen dazu auf, linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik weiter zu verzahnen und gemeinsam mit unseren gewählten Mitgliedern in den kommunalen Vertretungskörperschaften diese Themen auf Versammlungen unserer Gliederungen zu diskutieren und einen breiten Diskussionsprozess über Erfahrungen, Anforderungen und Herausforderungen für unsere Kommunalpolitik zu initiieren. Die Landespartei wird bei Bedarf die Gliederungen mit Ideen und Konzepten für Themenfindungen, Programmdiskussionen oder der Suche nach geeigneten Persönlichkeiten, die unsere Politik zukünftig in den Gremien vertreten sollen, unterstützen.
- Wir werden Vorschläge unterbreiten, wie überregionale Themen, Schwerpunkte und Aktivitäten, die eine lokale Bedeutung haben, vor Ort und in den Parlamenten aufgegriffen werden können.
- Wir bündeln die Kritik an der bestehenden Politik und formulieren die grundsätzliche Richtung unserer Alternativen für lebenswerte Städte und Gemeinden in einem Programm „Kommunalpolitische Eckpunkte 2021“, welches in einem breiten Diskussionsprozess gemeinsam mit „Kommunelinks“, dem überparteilichen Netzwerk für linke alternative Kommunalpolitik in Hessen, erarbeitet und auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag verabschiedet werden soll.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Armuts- und Reichtumsberichte in den kommunalen Parlamenten erstellt werden. Daraus und aus den Erfahrungen der linken Sozialsprechstunden entwickeln wir konkrete Vorschläge zur Armutsbekämpfung vor Ort
- In Abstimmung mit der Kommission politische Bildung Hessen und Kommunelinks wollen wir das Bildungs- und Weiterbildungsprogramm für linke Kommunalpolitiker*innen fortführen und ausbauen. In dieser Bildungsarbeit wollen wir verstärkt Handwerkszeug und Fachkenntnisse mit politischer Grundlagenbildung verbinden, evtl. durch die Entwicklung und Durchführung eines Bildungskurses „Grundlagen linker Kommunalpolitik“.

Europa neu gründen

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge zeigt sich die EU mehr denn je als das Herrschaftsprojekt der Banken und Konzerne, als das es seit Beginn der europäischen Integration konzipiert wurde. Während die sicherheitspolitische (PESCO) und die wirtschaftspolitische Integration weiter vorangetrieben werden, bleibt die Hoffnung der Lohnabhängigen auf Frieden, soziale Sicherheit und Demokratie weiter unerfüllt. Besonders das Demokratiedefizit der EU-Institutionen und der große Einfluss von wirtschaftsorientierten Lobbyverbänden sind Ausdruck einer undemokratischen und neoliberalen EU der wirtschaftlichen Eliten. Seit dem Vertrag von Maastricht 1992 werden Neoliberalismus und monetaristische Geld- bzw. Konjunkturpolitik kontinuierlich im europäischen Vertragsrecht verankert. Mit dieser rechtlichen Grundlage werden die wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielräume der Mitgliedsstaaten eingeschnürt. Nicht technokratisch organisierte Konkurrenz und Aufrüstung, sondern Frieden und internationale Solidarität müssen die Grundlagen für Völkerverständigung und die Zusammenarbeit der europäischen Staaten sein. Hierzu muss Europa neu gegründet werden.

- Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses dominiert eine wettbewerbsorientierte Ausrichtung zu Gunsten der Konzerne und zu Lasten von Mensch und Natur. Davon profitiert der Finanzmarktkapitalismus und damit die großen Banken und Konzerne. Mit der Digitalisierung und Industrie 4.0 beobachten wir eine weitere Welle der Konzentration wirtschaftlicher Macht insbesondere bei den Internetkonzernen und Finanzinstituten, die in der Finanzkrise 2009 mit enormen Mitteln und ohne nennenswerte Gegenleistungen aufgefangen wurden. Die Banken wurden gerettet, die Menschen wurden im Stich gelassen.
- Die hohen Exportüberschüsse bzw. Importdefizite der Bundesrepublik und das Niederkonkurrieren innerhalb der EU waren nur durch Lohndumping und die Agenda 2010 möglich. Diese Exportüberschüsse mussten zwangsläufig durch öffentliche und private Kredite refinanziert werden und sind somit neben der ultimativen Bankenrettung maßgebliche Ursachen für die hohen (Staats-) Schulden des europäischen Südens und der gesamten Eurokrise. Innerhalb der neoliberalen EU-Verträge sehen die EU-Mitgliedern sich gezwungen, das deutsche Modell von entfesselter Konkurrenz mittels Deregulierung, Privatisierung und Lohnsenkungen zu kopieren, um u.a. ihre Wettbewerbsposition gegenüber Deutschland zu stärken. Diese Politik richtet sich gegen die Interessen der Lohnabhängigen in allen EU-Staaten. Stattdessen sind im Interesse der Mehrheit die Stärkung der Binnennachfrage, Abbau von Handelsbilanzüberschüssen sowie Investitionen in den Bildungsbereich und sozial-ökologischen Umbau unbedingt erforderlich.
- Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die internationalen Handelsabkommen haben gezeigt, dass eine Mehrheit der Menschen diese neoliberale Politik ablehnt. Ein demokratisches Europa darf nicht gegen den Willen der Mehrheit Freihandelsabkommen abschließen.
- Die Wirtschaft hat nur dann Interesse am ökologischem Umbau, wenn das ein gutes Geschäft ist. Der Dieselskandal, die Glyphosatentscheidung der EU und das agieren von RWE im Hambacher Forst sind Beleg dafür. Die Kosten der Umweltzerstörung werden auf die Allgemeinheit abgewälzt.
- Gleichzeitig wird die Abschottung der Festung Europa mit immer brutaleren Mitteln durchgesetzt. Die Militarisierung nach außen durch PESCO wird begleitet von untragbaren Demokratiedefiziten in der EU. Der Lohndrückungswettbewerb innerhalb der EU, die monetäre und neoliberale Austeritätspolitik sind Wasser auf den Mühlen der antieuropäischen rechten Kräften. Die dazu unsolidarische und undemokratische EU trägt damit erheblich zur Etablierung von rechten Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene bei, die keineswegs an einem solidarischen europäischen Kontinent interessiert ist. Die Europäische Union ist eine neoliberale und zunehmend militaristische und undemokratische Macht.

- Die von der neoliberalen EU diktierte Sparpolitik und die Konkurrenz innerhalb der Währung, die stets mit Lohnsenkung und Privatisierung beantwortet wird, führte zu einer kontinuierlichen Rechtsentwicklung innerhalb der einzelnen Staaten der EU. Hinsichtlich der Europawahlen 2019 entsteht damit eine gefährliche Mischung, sodass Opfer des Neoliberalismus auch in der nächsten Europawahl rechte Parteien bevorzugen könnten. Es braucht mehr denn je eine solidarische linke Alternative, die sowohl den Rechten als auch den Neoliberalen in der EU Einhalt gebietet.

Die Linke steht gegen Austerität und soziale Ungleichheit, gegen die zunehmende Militarisierung und Abschottung der Festung Europa. Die Linke steht für Frieden und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, unserer Umwelt. Wir machen ernst mit sozialer Gerechtigkeit, gegen die Konzerne und Super-Reichen, für Beschäftigte, Erwerbslose und vor allem für die Jugend in Europa. Wir machen ernst mit dem dringend notwendigen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft und dem Klimaschutz. Die Linke steht für Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen über ihr eigenes Leben.

Die Linke Hessen setzt sich dafür ein, folgende Kernforderungen in das Wahlprogramm der LINKEN zur Europawahl 2019 aufzunehmen:

- Die Linke steht für Frieden und Abrüstung. Wir wenden uns gegen die Politik der Aufrüstung und fordern, diesen Prozess zu stoppen und umzukehren. Die sogenannte strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen einer Verteidigungsunion (PESCO) lehnen wir ab. Die Europäische Union muss sich als zivile Friedensmacht positionieren und innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft als Vermittler, Friedensstifter auftreten und damit einen Gegenpol darstellen.

Stattdessen ist umfassende Abrüstung und der Rückzug des Militärs aus den Krisengebieten dieser Welt geboten. Die Linke will Rüstungsexporte verbieten, weil nur weniger Waffen Frieden schaffen. Für die Rüstungsindustrie brauchen wir Konversionsprogramme von militärischer zu ziviler Produktion.

- DIE LINKE setzt sich für eine humane Migrations- und Integrationspolitik ein. Das unbeschreibliche Leid an den Außengrenzen der europäischen Union ist sofort zu stoppen. Frontex ist nicht aufzustocken, sondern aufzulösen. Frontex agiert als Grenzschutzagentur gleichzeitig als Lobbyagentur für repressive Grenzpolitik.

Die Seenotrettung ist sofort wieder zu ermöglichen und von der EU und ihren Mitgliedsländern zu organisieren. Wir sind der Auffassung, dass Zuwanderung oder Flüchtlingen nicht mit schnellen Eingreifgruppen oder Patrouillenbooten begegnet werden kann. Menschen, die aus höchster Not fliehen, um für sich und ihre Familien menschenwürdige Lebensbedingungen zu erhalten, wird man nicht mit noch so hochgerüsteten Grenzen davon abhalten können, ihre Heimatländer zu verlassen. Ihr Menschenrecht auf Schutz und Asyl muss gewahrt werden.

Ein wichtiger Schritt ist die Abschaffung des bisherigen Dublin-Systems, nach dem für einen Asylantrag der Mitgliedstaat zuständig ist, über den der oder die Antragsteller*in eingereist ist. Damit wird die Verantwortung für Flüchtlinge, die nach Europa wollen, völlig unverhältnismäßig auf die südlichen und östlichen EU-Länder abgewälzt.

Für die Integration von Geflüchteten sind ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete ausgespielt werden gegen Menschen, die hier bereits heute in Armut leben. Bei den Reichen und Super-Reichen in unserem Land ist genügend Geld da, um eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik zu finanzieren. Kommunen, Ländern und Staaten, die bereit sind mehr Geflüchtete aufzunehmen, sollten finanziell unterstützt werden. Die Linke stellt sich klar gegen die Hetze der Rechtspopulisten.

- DIE LINKE streitet für gerechten Welthandel, insbesondere im Verhältnis mit den weniger entwickelten Ländern. Anstatt einer Flutung der lokalen Märkte und Erzeugerstrukturen mit Agrarsubventionen und Freihandel, brauchen diese Länder Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Die Linke fordert, dass die Länder der europäischen Union endlich genügend Mittel für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen.

- Die Linke steht für eine soziale Klassenpolitik in Europa. Dazu gehört eine Wirtschafts- und Währungspolitik, die Investitionen in Bildung und Infrastruktur in Europa zum Gegenstand hat. Notwendig ist ein europäisches Konjunkturprogramm, das die Binnennachfrage stärkt und die Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union abbaut. Dies gilt im besonderen Maße für die Länder des globalen Südens. Dafür müssen die Löhne der Exportüberschussländer steigen und Gewerkschaften europaweit gestärkt werden. In der Wirtschaftskrise seit 2007 wurden die Verluste der Banken sozialisiert, obwohl die Finanzinstitute vor der Krise enorme Profite machten und durch ihr Handeln maßgeblich mit zum Ausmaß der Krise beitrugen. Die damit einhergehenden Staatsschulden dürfen nicht mit Sparpolitik beantwortet werden. Deshalb fordert Die Linke ein Ende des Wettbewerbs um die schärfste Ausbeutung innerhalb der EU, dessen Startschuss Deutschlands Agenda-2010 gegeben hat. Die LINKE fordert auch eine Abkehr der neoliberalen Haushaltskriterien der EU, die im Fall Griechenland zu einem Ausverkauf von Staatseigentum zugunsten auch deutscher Unternehmen und Banken waren. In der von den Finanzinstituten verursachten Krise nach 2008 wurden die Banken mit vielen Milliarden an Steuergeldern gerettet. Risikopositionen der Banken wurden zu Lasten des Steuerzahlers und der europäischen Zentralbank umgeschichtet. Das ist der Grund für die dramatisch angestiegenen Staatsschulden. Die Linke fordert weiter einen Schuldenschnitt und die Vergesellschaftung privater Großbanken. Die Linke fordert eine Beteiligung der Reichen und Super-Reichen an der Finanzierung gemeinschaftlicher Aufgaben. Löhne, Renten und Sozialleistungen sind anzuheben. Die Linke streitet für eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine gesetzliche Mindestrente von 60% des jeweiligen mittleren Einkommens vor Ort. Eine Privatisierung der Rentensysteme lehnen wir ebenso ab wie die Rente mit 67. Die Tarifautonomie, die von der Troika eingeschränkt wurde, ist in allen Ländern der europäischen Union vollständig wiederherzustellen. Für die Länder der Eurozone ist sicherzustellen, dass die gemeinsame Währung nicht dazu führt, dass ganze Länder wie Griechenland oder Portugal in die Massenverarmung getrieben werden.

Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und zur Erhöhung der Zukunftschancen der Jugend sind entsprechende Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Neben Gewinn- und Vermögenssteuern auf nationaler Ebene ist nun auch endlich eine Börsenumsatzsteuer/Finanztransaktionssteuer in Europa zu realisieren. Gerade die Marktmacht global agierender Konzerne wie Google, Amazon oder Facebook, die in Europa vom Steuerwettbewerb profitieren, muss gestoppt werden. Die Gewinne müssen da versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Es ist genug Geld da, um gesellschaftlich sinnvolle Arbeit für alle zu finanzieren.

- Die Linke steht für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dafür brauchen wir den konsequenten sozialökologischen Umbau der Wirtschaft, eine Wende in der Energie, Verkehr- und Agrarpolitik. Wir wollen klare Ausstiegsziele aus dem Kohlebergbau und der Kohleverstromung und einen europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft.

Im Zusammenhang mit der Veränderung der wirtschaftlichen Grundlagen durch Digitalisierung und Industrie 4.0 fordert die Linke, dass die Nationalstaaten, aber auch die europäische Union, ihren Beitrag leisten, die Transformation hin zu einer sozialökologisch verträglichen Wirtschaft zu bewältigen. Dazu brauchen wir Lösungen für die Konversion von klimaschädlichen Industrien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir brauchen europaweit drastisch kürzere Arbeitszeiten. Um das durchzusetzen brauchen wir mehr Mitsprache und Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Die Linke fordert Wirtschaftsdemokratie in allen Ländern Europas.

- Die Linke steht für eine Stärkung der Demokratie und eine Begrenzung der Macht der Wirtschaft. Die neoliberale Vision Europas, die der französische Präsident Macron vorträgt, lehnen wir ab, weil sie die Macht der Wirtschaft vergrößern würde. Europa ist heute in hohem Maße undemokratisch. Der Lobby-Einfluss in Europa zugunsten von Banken, Konzernen und Super-Reichen muss abgeschafft werden. Wir brauchen weniger Politik von oben über die Köpfe der Leute hinweg und mehr echte Mitsprache. Dazu brauchen wir auch eine Machtverschiebung des Rates hin zum europäischen Parlament. Weiter brauchen wir Volksentscheide und europäische Bürgerinitiativen. Die Linke wirbt für eine europaweite öffentliche Debatte um eine Neugründung der europäischen Zusammenarbeit auf der Grundlage von neuen Verträgen, die die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Rendite des Kapitals in den Mittelpunkt stellen. Die Auseinandersetzung um die Handelsabkommen CETA, JEFTA,

TTIP und TISA haben gezeigt, dass die Menschen mehr Mitsprache wollen. Die Linke wird Schluss machen mit dem Diktat der Wirtschaft und einem Europa des Kapitals.

Zur Durchsetzung der vorgenannten Ziele arbeitet die Linke national und international im Sinne eines linken Internationalismus zusammen mit der europäischen Linken, mit Gewerkschaften, Bürger*innen-Initiativen und der Zivilgesellschaft.

Wir kämpfen gemeinsam für ein demokratisches, ein soziales und ein friedliches Europa

Frieden und Abrüstung ins Zentrum der Bündnisarbeit der LINKEN

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

1. DIE LINKE. Hessen orientiert auf Aktionen gegen die Hochrüstung vor Ort und fordert Mitglieder und Gliederungen auf, Veranstaltungen zu organisieren und/oder zu unterstützen und dabei Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ zu sammeln.
2. DIE LINKE. Hessen erwartet, dass angesichts einer zunehmenden Militarisierung der EU (u.a. durch die „strukturierte Zusammenarbeit Pesco“) das Thema Abrüstung im Europawahl-programm einen großen Stellenwert bekommt.
3. DIE LINKE. Hessen unterstützt örtliche und regionale Initiativen in der Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche. Neue örtliche Initiativen und Bündnisse werden durch die LINKE unterstützt und initiiert. Die Osteraktionen sollten zu einer europäischen Aktion gegen Rüstung und Krieg werden.
4. DIE LINKE. Hessen beteiligt sich an europäische Initiativen und Aktionen zum 70. „Geburtstag“ der NATO am 4. April 2019 vor. Auch in der BRD sollte der Tag zur Aufklärung genutzt werden.
5. DIE LINKE. Hessen wirbt mit eigenen Materialien und Veranstaltungen für die friedenspolitischen Forderungen und für Abrüstung. Dabei wird insbesondere die Rüstungsproduktion in Hessen und ihre Überwindung durch Konversion thematisiert.

Keine Bundeswehr beim Hessestern

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

DIE LINKE. Hessen spricht sich entschieden gegen die Teilnahme der Bundeswehr am Hessestern 2019 in Bad Hersfeld aus. Ein Fest der Bürger ist weder ein Forum noch eine Bühne zur Propagierung der Militarisierung der Gesellschaft. Insbesondere Waffenschauen als Abenteuerspielplatz für Kinder und Jugendliche sind völlig fehl am Platze und stoßen auf unseren nachhaltigen Protest.

Wir setzen uns ein für die Beendigung der Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen und Berufsschulen. Kein Werben für's Töten und Sterben bei Schüler*innen.

Mehr für die Pflege ist besser für alle – Privatisierung schadet der Gesundheit

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg durch die CDU-geführte Landesregierung unter Roland Koch war, ist und bleibt ein großer Fehler, der rückgängig gemacht gehört. Die Leidtragenden dieses europaweit einmaligen Verkaufs eines Universitätsklinikums sind die Patient/innen und die Beschäftigten sowie die in Forschung und Lehre Tätigen.

Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg muss in Landeseigentum zurückgeführt werden. Dies ist eine notwendige Bedingung dafür, um eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten, gute Arbeitsbedingungen und die Freiheit von Forschung und Lehre zu garantieren. Dafür gilt es, alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen zu nutzen, um das UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Bis dahin ist die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen seitens der Rhön-AG sicherzustellen.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung von qualitativen und quantitativen Personalmindeststandards in allen Krankenhäusern ein. Wo es tarifliche oder gesellschaftliche Kämpfe für mehr Personal gibt, unterstützen wir diese ausdrücklich.“

DIE LINKE ist der festen Auffassung, dass Gesundheitsversorgung in öffentliche Hand, demokratisch kontrolliert und ausreichend finanziert gehört. Das ist der beste Garant für eine gute Versorgung für alle.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag wird gebeten, bis Ende 2019 zwei Fachgespräche (jeweils in Gießen und Marburg) zur Lage und Zukunft des Universitätsklinikums Gießen und Marburg mit Gesundheitsexpert/innen, Betriebsrat, Gewerkschaft ver.di und Patient/innenvertreter/innen durchzuführen.

Kommunale Rechte bei den Sparkassen erhöhen

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Laut hessischem Sparkassengesetz gehört es zu den Aufgaben der Sparkassen die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern.

Dazu würde es vor allem gehören, dass die kommunalen Eigentümer der Sparkassen ihre Ansprüche auf eine mögliche Gewinnausschüttung geltend machen können.

Vor diesem Hintergrund sollte die Landtagsfraktion der LINKEN eine Änderung des Sparkassengesetzes beantragen, die:

1. den kommunalen Eignern einen Rechtsanspruch auf eine mögliche Gewinnausschüttung zusichert und
2. ein Weisungsrecht der Kommunalparlamente für ihre Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse vorsieht.

Verständliches wirtschaftspolitisches und –theoretisches Positionspapier

(Beschluss 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Der Vorstand des Landesverbandes DIE LINKE. Hessen wird beauftragt, bis Ende Juli 2019 ein Positionspapier vorzulegen, in dem die künftigen wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Grundsätze des Landesverbandes präzise und verständlich beschrieben werden.

Dieses Papier soll intensiv innerhalb und außerhalb der Partei diskutiert werden. Die Diskussionsergebnisse sind auszuwerten, in das Papier einzuarbeiten und die so entwickelten Grundsätze von einem Parteitag zu beschließen.

Bei der redaktionellen Endfassung des Papiers sind die Erkenntnisse über die Macht von Sprachbildern penibel zu berücksichtigen.

Radentscheid

(Beschluss des 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

DIE LINKE Hessen unterstützt die verschiedenen lokalen Radentscheide in Frankfurt, Darmstadt und ganz aktuell in Kassel. Dass über 10 % der Kasseler Bewohner*innen für den Radentscheid unterschrieben haben, zeigt, wie sehr das Thema unter den Nägeln brennt. Wir begrüßen es, dass Bewegung an der Frage entsteht und Druck auf den rot-grünen Magistrat in Kassel ausgeübt wird. Wenn es dort zum Bürgerentscheid kommt, unterstützen wir die Durchführung – wie bisher auch – politisch und mit Ressourcen. DIE LINKE kämpft für umwelt- und fahrradfreundliche Städte!

Verschärfung der Hessischen-Bannwald-Gesetze

(Beschluss des 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Verschärfung der Hessischen-Bannwald-Gesetze

1. Die Linke Hessen lehnt die weitere Vernichtung unserer hessischen Bannwälder zugunsten der Wirtschaft und des Profitstrebens ab.
2. Die Fraktion der Partei im hessischen Landtag wird aufgefordert entsprechende Anträge einzureichen und weiter die Aktivitäten der „ProBannwald-bündnisse, bei denen die Partei vertreten ist, zu unterstützen.
3. Der Landesverband wird aufgefordert, da wo es möglich bzw. nötig ist, die Bündnisse mit aufzubauen und aktiv in den Verteilern dafür zu werben bzw. zu informieren.

Soziale Errungenschaften erhalten – Blockade und Sanktionen beenden – Dialog und Zusammenarbeit statt Intervention von außen

(Beschluss des 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Der US-Imperialismus fällt im Zuge der Regierung Trump in alte Denkmuster der aggressiven Politik gegen linke Staaten zurück. Opfer dieser Politik sind vor allem Kuba und Venezuela, Dialog und Annäherung der letzten Jahre wurden zurückgenommen. An dessen Stelle treten Konflikt und Interventionismus. Gegen beide Länder führen die USA und ihre Verbündeten einen unerbittlichen Wirtschaftskrieg, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet.

Das kubanische Revolution hat es unter den schwierigsten Bedingungen geschafft, Sozialsysteme aufzubauen, die in Lateinamerika ihresgleichen suchen. Die vielen Erfolge Kubas auf den Weg zum Sozialismus auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung haben UN-Organisationen wie die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) wiederholt anerkannt. Sowohl das Gesundheits- als auch das Bildungssystem Kubas gelten als vorbildlich, besonders im Vergleich mit den anderen Staaten Lateinamerikas. Die kubanische Regierung entsendet mit der Brigade „Henry Reeve“ regelmäßig Ärztinnen und Ärzte in Krisenregionen – so zum Beispiel zur Ebola-Bekämpfung nach Westafrika. Das alles trotz der seit 1962 bestehenden Blockade der USA, die dem lateinamerikanischen Staat und dessen Wirtschaft mittlerweile Schäden in Höhe von insgesamt 2,5 Billionen US-Dollar verursacht hat. Diese Blockade ist ein imperialistischer Angriff, der Kubas Wirtschaft schaden soll. Damit muss Schluss sein! 189 Mitgliedsstaaten haben in der UN-Vollversammlung Anfang November 2018 zum wiederholten Male die Beendigung der Blockade durch die USA gefordert. DIE LINKE Hessen solidarisiert sich mit der kubanischen Bevölkerung und fordert ein Ende der völkerrechtswidrigen Blockade.

Venezuela steckt seit 2014 in einer schweren politischen und ökonomischen Krise. Der Ölpreis, von dem der Staatshaushalt massiv abhängig ist, war zeitweise um 50% im Vergleich zu 2012 gefallen. Den Regierungen von Hugo Chavez und Nicolas Maduro konnten beachtliche Erfolge im Kampf gegen Armut und Elend erzielen, es ist ihnen aber nicht gelungen, die hohe Abhängigkeit der venezolanischen Wirtschaft vom Erdöl zu verringern. Die massiven wirtschaftlichen und politischen Probleme in dem südamerikanischen Land werden, neben eigenen Fehlern, auch durch einen harten Wirtschaftskrieg verschärft.

Trotz der schwierigen Bedingungen gibt die Regierung ihre fortschrittliche Sozialpolitik nicht auf.

Alleine im Jahr 2017 konnten etwa 2 Millionen kostenlose Wohnungen an arme Familien übergeben, bis 2019 sollen noch 1,5 Millionen dazu kommen. Die Schulbesuchsrate im Sekundarbereich konnte von 48% im Jahr 1999 auf 72% im Jahr 2010 erhöhte und der Analphabetismus ausgerottet werden. Die boliviarische Republik wurde hierfür von der UN ausgezeichnet. Auch die Schaffung einer kostenlosen Gesundheitsversorgung für alle ist dazuzuzählen. Die Armut wurde von 49% auf 28% gesenkt und das BIP pro Kopf wuchs von 14.200\$ und auf 16.500\$ im Zeitraum 1999 bis 2010. (Quelle, mit offenen Karten, arte, Chavismus ohne Chavez)

Die gewaltbereite rechte Opposition ruft offen zum Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung auf und versucht mit allen Mitteln die Lage zu verschärfen. Unterstützt wird sie dabei von der Oligarchie im eigenen Land, von den USA und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS. Am 4. August wurde ein Attentat auf den Präsidenten Nicolás Maduro verübt. Die momentane Debatte in den USA über eine militärische Invasion in Venezuela, die unter anderem in der New York Times geführt wird, zeigt wie real die Bedrohung ist. Im September erklärte sogar der OAS-Generalsekretär Luis Almagro, dass man mit Blick auf den Sturz von Präsident Maduros eine Militärintervention nicht ausschließen könne.

Eine US-Militärintervention hätte katastrophale Auswirkungen für die Bevölkerung Venezuelas und die gesamte Region. Deshalb verurteilt DIE LINKE. Hessen alle militaristischen Drohgebärden der US-Regierung. Der Ausweg aus der Krise in Venezuela kann nicht unter interventionistischen Bedingungen gelingen.

Nach den Wahlen vom Mai 2018, die von Teilen der Opposition boykottiert wurden und von den USA und der EU nicht anerkannt werden, muss jetzt weiterhin der Dialog mit der friedlichen Opposition im Land gesucht werden. International ist dies ebenfalls durch Dialog und Verhandlungen auf Augenhöhe zu unterstützen. Sanktionen gegen Venezuela treffen auch hier vor allem die arme Bevölkerung und tragen weder zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Notlage noch der politischen Krise im Land bei. Wir verurteilen in diesem Zusammenhang das Machtinstrument der Wahlregistrierungskommission (CNE) als Möglichkeit zur Sperrung von unliebsamen Kandidaten, wie in Caracas, wo linke Nicht-Regierungskandidaten der kommunistischen Partei gesperrt wurden, wir unterstützen die Arbeiterinnen und Arbeiter und die Gewerkschaften, wie die FNLCT, bei ihren Streiks zur Einhaltung der versprochenen Tarifverträge und gegen unrechtmäßige Entlassungen, wie im Staatsbetrieb der Metro Caracas, und wir rufen die Regierung auf die Forderungen des großen Bauern Marchs umzusetzen und die Sicherheit für Bauernaktivisten zu gewährleisten, die Genossenschaften zu stärken und das Land fair zu verteilen. Trotz aller schwierigen Bedingungen bilden die demokratischen und sozialen Errungenschaften der boliviarischen Revolution, die seit der Präsidentschaft von Hugo Chavez erkämpft worden sind, bis heute einen wichtigen Bezugspunkt für die politische Linke im globalen Süden.

Deshalb erklärt sich DIE LINKE Hessen solidarisch mit den Genossinnen und Genossen in Kuba sowie in Venezuela. DIE LINKE. Hessen verteidigt die Errungenschaften der beiden Revolutionen und unterstützt sie bei ihren Herausforderungen und Hürden. Die Regierungen Kubas und Venezuelas, die progressiven Kräfte und die Bevölkerung brauchen in der momentanen Situation die Solidarität der Linken weltweit.

Solidarität mit den Menschen in Brasilien! Kein Fußbreit dem Faschismus – Waffenhandel stoppen!

(Beschluss des 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

Die Wahl des Faschisten Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens ist nicht nur für das südamerikanische Land, sondern für den ganzen Kontinent katastrophal. Sein Erfolg in der Stichwahl ist der Höhepunkt eines institutionellen Putsches gegen den Rechtsstaat. Nach dem parlamentarisch-juristischen Putsch an Dilma Rousseff und dem von Manipulationen und Verfahrensverstößen geprägten Skandalprozess an Luiz Inácio Lula da Silva werden die noch verbliebenen demokratischen Strukturen Brasiliens und die sozialen Bewegungen des Landes nun starken Angriffen ausgesetzt sein.

Mit seiner Aussage, er werde die Landlosenbewegung MST und die Bewegung der obdachlosen Arbeiter MTST wie Terroristen behandeln, da das Privateigentum „heilig“ sei, zeigte Bolsonaro, dass er auf der Seite der brasilianischen Oligarchie steht. Mit seiner Ankündigung, das Land von politischen Gegnern zu „säubern“, offenbarte er die Skrupellosigkeit, mit der er deren Interessen durchsetzen wird.

DIE LINKE. Hessen steht solidarisch an der Seite der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen, der armen und arbeitenden Bevölkerung und der politischen Linken Brasiliens. Sie verurteilt alle zu erwartenden Versuche der neuen brasilianischen Regierung, die erzielten Fortschritte der dortigen Arbeiterbewegung aus der Regierungszeit der Arbeiterpartei (PT) zunichte zu machen.

Außerdem steht DIE LINKE. Hessen an der Seite aller Frauen, Indigenen, People of Colour, sowie Angehörigen religiöser und sexueller Minderheiten Brasiliens. Ihnen stehen harte Zeiten bevor, DIE LINKE. Hessen verurteilt alle Drohungen und Angriffe gegen diese Menschen.

DIE LINKE. Hessen schließt sich der Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte nach Brasilien an. Die zu erwartende Gängelung der progressiven Kräfte Brasiliens darf Deutschland nicht unterstützen!

DIE LINKE. Hessen bekämpft den Faschismus in jedem Land. Der klar positive Bezug Bolsonaros auf die blutige Militärdiktatur in Brasilien von 1964-1985 lässt Schlimmes erwarten. In dieser dunklen Stunde der brasilianischen Demokratie steht DIE LINKE. Hessen an der Seite aller demokratisch gesinnten Kräfte Brasiliens und verurteilt jedwede Einschränkungen der Menschenrechte und jedweden Abbau von sozialstaatlichen und demokratischen Strukturen in Brasilien. Sie solidarisiert sich mit allen Brasilianerinnen und Brasilianern, die gegen rassistische, sexistische und faschistische Politik Widerstand leisten.

Die progressiven Kräfte Brasiliens brauchen mehr denn je unsere Solidarität

Resolution zur aktuellen Diskussion über Probleme, Verspätungen und Mängel an ICE-Zügen der Deutschen Bahn

(Beschluss des 11. Landesparteitag 24./25.11.2018)

- Die LINKE Hessen nimmt mit Sorge die jüngsten Meldungen über anhaltende Verspätungen und schwere Mängel bei ICE-Zügen der Deutschen Bahn zur Kenntnis.
- Diese Probleme und viele andere Störungen im Eisenbahnverkehr sind in erster Linie eine Folge jahrzehntelanger Weichenstellungen im Zuge der 1994 gestarteten „Bahnreform“. Die aus den alten Staatsbahnen gebildete Deutsche Bahn AG sollte wie ein privatwirtschaftliches, gewinnorientiertes Unternehmen geführt und auf einen von der Politik und einflussreichen Lobbyverbänden gewünschten Börsengang getrimmt werden. Die Ausgaben für Beschäftigte, Material und Infrastruktur wurden gekürzt, um eine „positive Börsenstory“ zu schreiben. Der riesige Investitionsstau wirkt nach. Die Folgen müssen jetzt die Beschäftigten und Fahrgäste ausbaden, während die Verantwortlichen für diese Entscheidungen längst nicht mehr in ihren Positionen sind.
- Die von Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter angestoßene Debatte über eine radikale Trennung von Netz- und Transportgeschäft bei der DB, mehr Wettbewerb und Teilprivatisierungen weist genau in die falsche Richtung. Sein Ansatz liegt auf einer Linie mit Wirtschafts- und Lobbyverbänden, EU-Kommission, FDP, Unionsparteien und anderen. Sie alle favorisieren das britische Privatisierungsmodell und fordern eine endgültige Zerschlagung bisher integrierter Staatsbahnen. Ihr Zauberwort heißt „mehr Wettbewerb“, der es auf wundersame Weise richten soll. Der Staat soll die defizitäre Eisenbahninfrastruktur vorhalten und die profitablen Filetstücke und Rosinen den renditehungrigen Privaten überlassen, so ihre Logik.
- Hofreiter und die Lobby der Privatwirtschaft blenden leidvolle Erfahrungen nach 25 Jahren britischer Bahnprivatisierung und europaweiter Liberalisierung aus und ignorieren, dass sich eine breite Bevölkerungsmehrheit in Großbritannien eine Wiederverstaatlichung und Zusammenführung des fragmentierten Eisenbahnwesens wünscht.
- Verdrängungswettbewerb und ein Nebeneinander vieler privater Bahnen hemmen den Bahnverkehr. Meldungen aus den Regionen über Zugausfälle, anhaltende Betriebsstörungen und „Schienenersatzverkehre“ mit Bussen zeigen, dass auch etliche nicht-bundeseigene Bahnen unter dem Spar- und Renditezwang mit der Aufgabe eines regelmäßigen Eisenbahnverkehrs völlig überfordert sind.

- Eisenbahn ist ein zusammenhängendes Gefüge. Es gehört in öffentliche Hände und darf sich nicht in profitorientierte Einzelteile zerlegen lassen. Eine funktionierende Eisenbahn kann es nur im Ganzen geben und in Europa im partnerschaftlichen Miteinander. Ein Verdrängungswettbewerb zwischen Bahngesellschaften, wie er sich schon seit Jahren europaweit anbahnt, ist für das Gesamtsystem schädlich.
- Statt Privatisierung, Zerschlagung und Konkurrenzkampf brauchen wir eine einheitliche, öffentliche Eisenbahn unter demokratischer, transparenter Kontrolle von Beschäftigten, Fahrgästen und öffentlicher Hand. Statt abgehobener bahnferner Führungskräfte braucht die DB wieder Eisenbahnfachleute an ihrer Spitze.
- In diesem Sinne fordern wir die Untergliederungen der Partei zu öffentlichen Aktionen an Bahnhöfen auf.